

31
83

Union in Deutschland

Bonn, den 6. Oktober 1983

Helmut Kohl ein Jahr im Amt

Wir werden es schaffen

Seit einem Jahr ist Helmut Kohl Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er übernahm das Amt während der schwersten Beschäftigungs-, Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Die Union stand bei der Regierungsübernahme am 1. Oktober 1982 vor einem politischen Scherbenhaufen ohne Beispiel. Die Hinterlassenschaft der SPD allein in der Wirtschaftspolitik — wie auch in vielen anderen Politikbereichen — war ein einziges Chaos.

Die Hauptursache dieser Entwicklung lag in der verfehlten Wirtschaftspolitik der SPD-geführten Bundesregierung. Es ist eine von den Sozialdemokraten verbreitete Legende, daß diese Hauptursachen weltwirtschaftlich bedingt waren.

Unsere Sparbeschlüsse, die 30 Millionen Bundesbürgern Opfer abverlangen, sind eine bittere Notwendigkeit, stellte der Kanzler in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur fest. Nach jahrelanger Talfahrt könne der Aufstieg jedoch nicht über Nacht erwartet werden. „Er wird seine Zeit dauern.“ Gleichwohl seien in einer Reihe von Branchen die positiven Zeichen unverkennbar. Helmut Kohl fügte hinzu, der Kurs der Konsolidierung sei ein steiniger Weg. „Trotz

(Fortsetzung auf Seite 2)

Streitgespräch Geißler – Alt

Eine Dokumentation über das Streitgespräch zwischen Heiner Geißler und Franz Alt am 27. September 1983 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus wird in der nächsten Ausgabe des UID erscheinen.

LEHRSTELLEN

Die Garantie ist eingehalten worden Seite 4

NATO- DOPPELBESCHLUSS

Politische Kapitulation der SPD ist auch eine Niederlage für Helmut Schmidt Seite 5

FRIEDEN UND FREIHEIT

Sowjets haben Vorleistungen des Westens noch nie honoriert / Auszug aus der Rede von Manfred Wörner auf der Kreisvorsitzendenkonferenz in Bonn Seite 7

CDA

Arbeitnehmer tragen Sparbeschlüsse mit — aber Schraube nicht überdrehen Seite 11

DOKUMENTATION

Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

all dieser Probleme bin ich optimistisch. Wir werden es schaffen.“ Der Kanzler sagte, er habe durchaus Verständnis dafür, daß Menschen, deren Arbeitsplatz bedroht sei, demonstrierten. „Nur muß ich ganz einfach sagen: Es gibt keine Alternative zu meinem Kurs.“

Der Kanzler kündigte an, er werde sich in den nächsten Monaten „sehr persönlich“ engagieren, um Entscheidungen für die Kohle-, Stahl- und Wertindustrie, bei der Hochseefischerei sowie der Luftfahrtindustrie herbeiführen, wo es durch die Entwicklung vieler Jahre zu krisenhaften Zuspitzungen gekommen sei. Um dem wichtigsten Ziel seiner Politik, dem Abbau der Arbeitslosigkeit näherzukommen, sei an Rhein und Ruhr, in Bremen und anderswo ein Strukturwandel erforderlich. „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht nur, wenn wir neue Industrien ansiedeln.“

Matthias Wissmann: Es geht wieder aufwärts

In der Tat: Die Regierung Kohl hat schon heute eine ganze Reihe von Erfolgen vorzuweisen, die ausschließlich auf die Politik und auf die ordnungspolitischen Vorstellungen der Union zurückzuführen sind. Und das sieht so aus:

- Bruttosozialprodukt: Es ist von April bis Juni d. J. real mit 1,5 Prozent Wachstum doppelt so stark gestiegen wie in den ersten Monaten dieses Jahres. Ein Wachstum von 1,5 v. H. für das ganze Jahr scheint möglich zu sein.
- Produktionskapazitäten: Der Auslastungsgrad nimmt zu.
- Bauwirtschaft: Die Auftragseingänge liegen ca. 12 Prozent über dem Vorjahresstand.
- Automobilindustrie: Es wird mit einem Zuwachs von etwa zehn Prozent gerechnet.

— Private Verbrauchsnachfrage: Hat sich insgesamt lebhaft entwickelt.

— Inflation: Der Verbraucherpreisanstieg betrug im Verlauf des ersten Halbjahres 1983 saisonbereinigt lediglich rund 0,5 Prozent. Im Juli lag der Preisanstieg bei drei Prozent. Fast Zahlen wie unter Ludwig Erhard.

— Leistungsbilanz: In den ersten sieben Monaten gab es einen Überschuß von rund 3,1 Milliarden DM. Vor Jahresfrist waren es lediglich 0,6 Mrd. DM.

— Arbeitsmarkt: Hier gibt es erste Entspannungssignale. So hat sich die Kurzarbeit deutlich verringert. Erstmals seit drei Jahren war im August wieder eine leichte Abnahme der Arbeitslosigkeit zu registrieren. Der — saisonbereinigte — Anstieg flachte zur Jahresmitte hin deutlich ab.

Nach nur einem Jahr der Regierung von CDU/CSU und FDP kann man feststellen, daß erste wichtige Erfolge zu verbuchen sind:

— Helmut Kohl hat die konjunkturelle Talfahrt in eine Depression gestoppt. Eine dreijährige Schwächeperiode der deutschen Wirtschaft ist überwunden.

— Die Grundlagen für einen maßvollen Aufschwung sind gelegt.

— Die Entwicklung stellt sich heute eindeutig besser dar, als sie noch vor Jahresfrist — auch von der Bundesregierung — erwartet wurde.

— Das Vertrauen von Verbrauchern und Investoren in eine marktwirtschaftlich orientierte, stetige und solide Wirtschaftspolitik kehrt langsam zurück.

Die SPD, die das wirtschaftliche Chaos in unserem Land politisch zu verantworten hat, spricht von Aufschwunglüge. Tatsache jedoch ist: Die Union muß ein von den Genossen hinterlassenes wirtschaftspolitisches Trümmerfeld neu aufbauen. Die ersten Fundamente dazu sind gelegt.

SCHULDEN

Wegen der maßlosen Schuldenpolitik der SPD müssen wir heute sparen

Unter der Überschrift „Die Wende ist mißglückt“ setzte sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, mit der Politik der Bundesregierung nach einem Jahr Koalition der Mitte auseinander und kam zu dem Schluß, die Bonner Koalition werde ihre Wirtschaftspolitik radikal ändern müssen, und zwar im Sinne der SPD: der Staat müsse durch eigene Investitionen (sprich: neue Schulden) die Probleme, wie z. B. die Millionenarbeitslosigkeit, lösen.

Zu der Bilanz, die Rau aufstellt, gehört schon Mut, denn die neue Bundesregierung ist dabei, den Schutt wegzuräumen, den die Sozialdemokraten nach 13jähriger Regierungszeit hinterlassen haben, stellte Generalsekretär Heiner Geißler fest.

Der Vorschlag, neue Schulden zu machen, ist zwar einfach, aber zutiefst unsozial. Die Sozialdemokraten haben die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Schuldenpolitik in die größte Wirtschafts- und Sozialkrise ihrer Geschichte geführt. Allein der Bund mußte 1982 für Zinsen mehr ausgeben als für Kindergeld, Mutterschutz, Wohngeld und BAFÖG zusammengekommen, nämlich mehr als 22 Milliarden DM.

Gezahlt haben diese Zinsen die Arbeitnehmer aus ihrer Lohntüte, erhalten werden sie weder Rentner noch Sozialhilfeempfänger, noch kinderreiche Familien, sondern diejenigen, die dem Staat Geld leihen. Die Schulden des Staates bezahlen

immer die kleinen Leute. Darum ist der Schuldenabbau, wie ihn die Bundesregierung betreibt, ein Stück sozialer Politik im Sinne der Arbeitnehmer.

Um aus dem Teufelskreis Schulden und Zinsen herauszukommen, mußten wir sparen. Wir sparen nicht, weil uns das Spaß macht oder um des Sparens willen, sondern wir sparen, weil dies der einzige Weg ist, um unsere Schulden abzubauen, um die Steuern senken zu können und um die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Aber sichere Arbeitsplätze gibt es nur in gesunden Unternehmen. Darum haben wir ein Steuerentlastungsgesetz für die Wirtschaft beschlossen, um die Eigenkapitalbildung der Unternehmen zu fördern, ihre Investitionskraft zu stärken sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Mit diesen Maßnahmen helfen wir zwar den Unternehmen, aber in erster Linie den Arbeitnehmern, indem ihre Arbeitsplätze sicherer werden.

Johannes Rau geht — leider — in seiner Bilanz mit den Daten nicht korrekt um. So spricht er im Zusammenhang mit dem Aufschwung von einem Wahlkampfschwindel. Dies ist — mit Verlaub — einigermaßen keck. Denn die Wirtschaftszahlen signalisieren durchaus einen Aufschwung.

Richtig ist, daß dieser beginnende Aufschwung den Arbeitsmarkt noch nicht spürbar entlastet hat. Aber dies ist nicht verwunderlich: denn der Arbeitsmarkt reagiert immer zuletzt. Was jetzt notwendig ist: die Zusammenfassung aller Kräfte, um den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung zu stabilisieren und fortzusetzen.

■ LEHRSTELLEN

Die Garantie ist eingehalten worden

Mehr als 690 000 Lehrstellen haben Wirtschaft und Handwerk bisher in diesem Jahr bereitgestellt. Sie haben damit ein Versprechen eingelöst, das sie gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl im Frühjahr abgegeben hatten, stellt Alfred Dregger fest.

Nach intensiven Gesprächen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und des Handwerks hatte der Bundeskanzler erreicht, daß Wirtschaft und Handwerk zusagten, über den ursprünglich als notwendig angesehenen Jahresbedarf von 655 000 Lehrstellen hinaus weitere 30 000 Lehrstellen zu schaffen. Die „Lehrstellengarantie“ des Kanzlers, von der SPD-Opposition monatelang als „Lehrstellenlüge“ verleumdet, ist eingehalten worden. Mehr noch: die Zahl 30 000 ist bis jetzt schon so klar übertroffen worden, daß man 1983 als ein Jahr des Lehrstellenrekords bezeichnen kann. Das ist eine großartige Leistung der deutschen Industrie und des deutschen Handwerks. Das ist auch ein persönlicher Erfolg des Bundeskanzlers — aber auch ein Erfolg all jener, die sich in den vergangenen Monaten in großem Einsatz darum bemüht haben, arbeitsplatzsuchenden jungen Menschen eine Lehrstelle zu vermitteln.

In der vergangenen Woche haben sich Regierung und Wirtschaft darauf verständigt, in den gemeinsamen Bemühungen um die Schaffung von Lehrstellen für ausbildungswillige Jugendliche auch in den letzten drei Monaten dieses Jahres nicht nachzulassen. Es hat sich nämlich im Laufe dieses Jahres gezeigt, daß die Zahl der Lehrstellenbewerber noch größer ist, als

man im Frühjahr annehmen konnte. Das liegt nicht zuletzt daran, daß mittlerweile viele Abiturienten ihren beruflichen Einstieg im dualen Berufsbildungssystem suchen. Das ist verständlich und im Grunde auch zu begrüßen. Aber das führt natürlich dazu, daß die Lage auf dem Lehrstellenmarkt auch in den beiden kommenden Jahren angespannt bleibt. Auch für 1984 und 1985 muß zumindest mit einer ähnlich hohen Zahl von Lehrstellensuchenden wie in diesem Jahr — wahrscheinlich aber mit einer höheren Zahl — gerechnet werden. Einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung hat die Regierung am vergangenen Mittwoch (28. September) getan: Sie hat durch Kabinettsbeschluß weitere Vorschriften abgebaut, die von der Wirtschaft und vom Handwerk bis jetzt als Hemmnisse bei der Ausbildung junger Menschen empfunden worden sind:

— Pflichtversicherte Alleinhandwerker können in Zukunft mehr als einen Lehrling einstellen. Sie verlieren dann nicht mehr — wie bisher — die Vergünstigung ermäßigter Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung.

— Ausbildungsplätze gelten nach dem Schwerbehindertengesetz als Arbeitsplätze. Sie wurden daher bei der Berechnung der Zahl von Pflichtplätzen für Schwerbehinderte bisher berücksichtigt. Diese Regelung entfällt jetzt. Auszubildende, die schwer behindert sind, werden bei der Berechnung der Zahl an Pflichtplätzen nicht mehr mitgezählt. Gleichzeitig sollen die Chancen für Auszubildende, die schwer behindert sind, mit Hilfe organisatorischer wie finanzieller Maßnahmen verbessert werden.

Auch in den beiden kommenden Jahren bedarf es wiederum einer großen nationalen Kraftanstrengung, wenn wir der Probleme auf dem Lehrstellenmarkt Herr werden wollen. Regierung, Koalition, Wirtschaft und Handwerk ziehen hier an einem Strick. Nur die SPD steht abseits und beschränkt sich auf Kommentare, die nur zu oft das Hämische streifen.

NATO-DOPPELBESCHLUSS

Politische Kapitulation der SPD auch eine Niederlage für Helmut Schmidt

Die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses durch eine wachsende Mehrheit der SPD-Bezirke bereitet die politische Kapitulation der Sozialdemokraten vor der sowjetischen Überrüstung auf ihrem nächsten Parteitag vor, erklärt der Generalsekretär Heiner Geißler.

Das bedinglose Nein der SPD noch vor Abschluß der Genfer Verhandlungen bedeutet einen schweren Wortbruch gegenüber den Verbündeten der Westlichen Allianz, eine schwere Niederlage und die parteipolitische Isolierung des Urhebers des NATO-Doppelbeschlusses, Helmut Schmidt. Es bedeutet gleichzeitig eine Schwächung des Westlichen Bündnisses und der Abrüstungschancen in Genf und einen wichtigen politischen Sieg der Sowjetunion, die den NATO-Doppelbeschluß von Anfang an zu Fall bringen wollte.

Die SPD wird damit auch den bisher vorhandenen Konsens der demokratischen Parteien in der Außen- und Sicherheitspolitik zerstören. Die Sozialdemokraten leiten mit ihren Beschlüssen eine grundsätzliche Änderung der sozialdemokratischen Außenpolitik ein. Der Wortbruch der SPD gegenüber der NATO führt sie notwendigerweise weg vom Bündnis und hinein in die Neutralisierung. Diese Politik würde die Bundesrepublik Deutschland in die politische Abhängigkeit der Sowjetunion bringen.

Nicht Helmut Schmidt und Hans Apel bestimmen den außen- und sicherheitspolitischen Kurs der SPD. Durchgesetzt haben Willy Brandt, Egon Bahr, Erhard Eppeler und Oskar Lafontaine. Damit ist der

seit Jahren schwelende Richtungskampf in der SPD entschieden. Helmut Schmidt und seine Politik haben endgültig verloren.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel spielt in dieser Auseinandersetzung keine Rolle mehr. Vogel hat als Mitglied der früheren Bundesregierung unter Führung von Helmut Schmidt den NATO-Doppelbeschluß mit beschlossen. Heute paßt er sich ohne eigenen Standpunkt opportunistisch der linken Stimmungslage in seiner Partei an. Es ist ein Glück für Deutschland, daß diese Partei die Regierungsverantwortung verloren hat.

Der Bundesminister der Verteidigung, Manfred Wörner, erklärt zu den SPD-Beschlüssen vom Wochenende:

Nun ist es klar. Die SPD ist aus dem Doppelbeschluß ausgestiegen. Sie hat ihrer eigenen Politik den Rücken gekehrt.

Der kommende Parteitag ist bedeutungslos. Er wird nur noch besiegeln, was längst entschieden ist. Damit werden alle Beteuerungen der SPD zur Farce, daß sie ihre eigene Entscheidung am Ausgang der Genfer Verhandlungen orientiere.

Die Folgen dieses Verhaltens sind national und international verheerend. Den Unterhändlern des Westens in Genf wird praktisch der Teppich unter den Füßen weggezogen. Der Sowjetunion wird jeder Anreiz zur Kompromißbereitschaft genommen. Sowjetische Unnachgiebigkeit wird prämiert. Die Folgen im Bündnis sind noch schwerwiegender. Eine große Partei, unter deren entscheidender Mitwirkung im Bündnis der Doppelbeschluß gefaßt wur-

de, kündigt ihn nunmehr auf und verletzt damit die Solidarität in der Atlantischen Allianz.

Leidtragende dieser Entscheidung in der SPD sind vor allem die Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Sicherheit leidet darunter, wenn es nicht gelingt, die Bedrohung durch die sowjetischen SS-20-Raketen abzubauen oder zu neutralisieren. Nicht der Doppelbeschluß und seine Konsequenzen spalten das deutsche Volk, sondern das Abrücken der SPD von der eigenen Sicherheitspolitik, die sie während ihrer Regierungszeit unter Bundeskanzler Helmut Schmidt vertreten hat.

Trotz Vorleistungen haben die Sowjets weiter aufgerüstet

Der Appell des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an die Großmächte, das Äußerste für den Frieden zu tun und dabei auch inkonventionelle Wege einzuschlagen, ist zu begrüßen. Wer wünschte sich nicht jene Kompromißbereitschaft der beiden Blöcke, die in Genf am Ende zu einer Vereinbarung über die drastische Verminderung der nuklearen Mittelstreckenpotentiale führte?

Allerdings lehrt die Erfahrung, daß die Sowjetunion solche Vorleistungen nicht honoriert. Denn es war der Westen, der in der Vergangenheit von sich aus auf Rüstungsmaßnahmen verzichtet hat, obwohl die Vorrüstung der Sowjetunion dies geboten hätte. Die USA verzichteten auf den Bau der Neutronenwaffe, sie stoppten die Entwicklung und Fertigung des Bombers B 1 und reagierten auf die Ausrüstung der Roten Armee mit Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 mit dem Angebot, Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen und nur dann nachzurüsten, wenn diese erfolglos bleiben sollten. Die Reaktionen der Sowjetunion auf diese Vorleistungen ist bekannt: die Aufstellung der Mitteleuropa bedrohenden Raketen geht weiter.

Dabei liegen die Fakten auf dem Tisch. Immer noch stellt die Sowjetunion jede Woche mehr als eine Rakete auf. Immer noch weigert sie sich von ihrer starren Verhandlungsposition in Genf abzugehen, obwohl die Amerikaner ihr nun schon zum zweiten Mal in wichtigen Punkten entgegengekommen sind. Was hier in der SPD vor sich geht, hat mit verantwortungsvollem Verhalten unserem Volk gegenüber nichts mehr zu tun, sondern ist blanker Opportunismus. Hoffentlich gibt es noch Politiker in der SPD, die das selbst empfinden und sich dieser unheilvollen Entwicklung entgegenstellen.

SPD versucht zivilen Ungehorsam zu rechtfertigen

Am 16. und 17. September 1983 hat die SPD mit ihrem Kulturforum über den „zivilen Ungehorsam“ gezeigt, wie man die einer Generation in der Bundesrepublik Deutschland aufgebaute demokratische Kultur untergraben kann:

— Wie Pressemeldungen zu entnehmen ist, genügt für den SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz in der Frage der Nachrüstung der bloße Verweis auf Mehrheitsentscheidungen nicht mehr. Glotz meint dabei die Bundestagswahl vom 6. März dieses Jahres. Will die SPD demnach, wenn ihr Wahlerentscheidungen nicht passen, aus der seriösen parlamentarischen Demokratie steigen?

— Der SPD-Bundesgeschäftsführer begleitet die Rechtfertigungsversuche des sog. zivilen Ungehorsams mit blumigen Reden über die Gewissensentscheidung des einzelnen, anstatt den Bürgern klar zu sagen, wo die Demonstrationsfreiheit aufhört und der strafbare Rechtsbruch anfängt. Noch fordert die SPD nicht zu Rechtsbrüchen auf, ihre Sympathie für solches Verhalten wird immer deutlicher.

(Siehe auch „Stichwort“, Seite 14)

FRIEDEN UND FREIHEIT

Sowjets haben Vorleistungen des Westens noch nie honoriert

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hielt auf der CDU-Kreisvorsitzendenkonferenz am 19. September in Bonn eine vielbeachtete Rede. Der Minister ging darin besonders auf die Fragen ein, die von vielen durch den Verlauf der Friedensdiskussion verunsicherten Menschen immer wieder an die CDU herangetragen werden.

Manfred Wörner beschäftigte sich zunächst mit der Frage, ob den Ländern Europas wirklich ein Krieg drohe, wie zahlreiche Menschen es befürchteten.

„Was mir Sorge macht, ist, daß sich in der Öffentlichkeit, in der breiten Öffentlichkeit, die über die sogenannte Friedensbewegung hinausgeht, das Gefühl ausbreitet, uns drohe ein Krieg, daß davon Angst ausgeht. Und Angst ist nicht nur ein schlechter Ratgeber, wie vielfach gesagt wird, Angst ist für den Verteidiger, für den Demokraten tödlich. Und im Unterschied zu manchen Unheilpropheten, aus meiner Verantwortung heraus als Bundesminister der Verteidigung, kann ich guten Gewissens sagen, uns droht hier in Europa heute ein Krieg weniger — und zwar ein nuklearer genauso wie ein konventioneller — als in den letzten Jahren zuvor. Und das ist nicht etwa rosaroter Optimismus, das ist nicht etwas, was ich sage, um die Leute zu trösten, das ist die Erkenntnis aus einer ganz nüchternen Analyse der Weltlage. Glauben Sie doch nicht, daß die Sowjets nicht in der Lage wären, die Schrecken eines Atomkrieges einzuschätzen. Das sind sie sehr wohl. Die Sowjets wis-

sen, was ein Nuklearkrieg, sie wissen, was überhaupt ein Krieg auch für ihr eigenes Land bedeuten würde. Die Sowjets sind kühle Machtpolitiker, und sie zeigen es uns dauernd, aber eines sind sie nicht: Idioten und Selbstmörder.

Wir müssen deutlicher machen als bisher, nicht nur, daß unsere Politik es ist, die den Frieden gesichert hat und auch für die nächsten Jahrzehnte sichern kann, sondern daß Gefahr für diesen Frieden und Gefahr für diese Freiheit dann droht, wenn wir dem Ratschlag derer folgen, die uns zu einseitiger Abrüstung oder zur Waffenlosigkeit raten. Und deswegen müssen wir selbstbewußter, offensiver, nicht defensiv auftreten. Das heißt, wir müssen durch unser eigenes Reden und Tun klarmachen: Für Kriegsangst, für Kriegsfurcht gibt es in der gegenwärtigen Weltlage, jedenfalls auf Europa bezogen, keinen Anhaltspunkt.“

Zu dem von den Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses immer wieder beschworenen gefährlichen Rüstungswettlauf und zu den wiederkehrenden Vorschlägen, der Westen müsse bei der Abrüstung einen ersten vertrauensbildenden Schritt wagen, sagte der Verteidigungsminister:

„Ich kenne keinen einzigen Soldaten in meiner Umgebung, in der Bundeswehr, der etwa wild wäre auf neue Waffen, auf Aufrüstung. Ich kenne nur Soldaten, die ein Bestreben haben, ihrem Volk auch in Zukunft den Frieden, allerdings den Frieden in Freiheit zu ermöglichen. Es gibt diese wildgewordenen Soldaten nicht. Und der Verteidigungsminister empfindet

hier ganz genauso. Und wir haben ja einen Weg aus dem Rüstungswettlauf heraus, und diesen Weg müssen wir vertreten. Das ist der Weg über beiderseitige kontrollierte Abrüstung, und dazu gibt es eben keine Alternative. Und damit sind wir bei dem Punkt, der in der Diskussion eine große Rolle spielt: Einer müsse doch einmal anfangen, einer müsse doch einmal diesen Teufelskreis durchbrechen.

Wir haben das doch versucht, wir haben es x-mal versucht. Wir versuchen es bis hinein in die letzten Tage. Darf ich einmal zur Erleichterung der Argumentation einige der Vorleistungen nennen, die der Westen gebracht hat: Die Amerikaner haben 1968 einseitig auf die Produktion von chemischen Waffen verzichtet. Die Antwort der Sowjetunion: Die chemische Aufrüstung in der Sowjetunion ging mit wachsendem Tempo weiter. Die Amerikaner haben die Produktion des B-1-Bombers gestoppt und haben gesagt: Jetzt wollen wir, daß ihr mit der Produktion des Backfire-Bombers aufhört. Die Antwort der Sowjetunion: Sie haben die Produktion gerade des Backfire-Bombers nach oben geschraubt.

Wer weiß denn noch, daß Carter die Produktion der Neutronenwaffe gestoppt hat und den Sowjets gesagt hat: Hört auf mit der Produktion der SS-20! Was war die Antwort? Bis zum heutigen Tage jede Woche eineinhalb Raketen. Und der Doppelbeschluß selber: Warum erzählen wir unseren Menschen draußen nicht deutlicher, was wir da getan haben? Daß wir auf eine sowjetische Aufrüstung eben nicht mit der Stationierung von Gegenwaffen geantwortet haben. Daß wir bewußt darauf verzichtet haben. Über Jahre und Jahre. Daß wir nach Jahren, als das weiterging, noch immer nicht stationiert haben, sondern den Sowjets gesagt haben, wir wollen verhandeln. Das heißt: Es gibt diese Vorleistung. Es gibt diesen Versuch, den Teufelskreis

des Wettrüstens zu durchbrechen, durch einseitige Vorleistungen des Westens. — Viel zuwenigen — so Manfred Wörner — sei bekannt, daß der Westen in den letzten Jahren die Zahl seiner Atomsprenghäupte verringert habe: 1968 hatten die Amerikaner 8000 nukleare Sprengköpfe im interkontinentalen Bereich mehr als 1000 hier in Europa mehr. Das Bild, das jetzt immer mehr Nuklearwaffen angehäuft werden, ist völlig falsch, jedenfalls für den Westen. Es gibt eine klar erkennbare Tendenz nach unten auf unserer Seite, und wenn es nach uns geht, wird sie fortgesetzt.

Der Minister zu dem Einwand, Nachrüstung sei ohnehin überflüssig, da der Westen genügend Vernichtungswaffen besitzt: „Wenn wir sie nicht wegverhandeln können, die SS-20, dann brauchen wir die Gegenwaffe dazu, der Sowjetunion deutlich zu machen, daß ihre Raketen nicht gegen uns eingesetzt werden können. Gerade zur Sicherung unserer Bevölkerung brauchen wir das. Wenn dann gesagt wird: aber dann werden wir ja Zielgebiete der sowjetischen Waffen, da kann ich nur sagen: das sind wir bereits. Die SS-20 ist zu zwei Drittel auf uns gerichtet, auf unsere Städte, auf unsere Bürger, ohne daß wir eine einzige dieser Waffen stationiert hätten. Da geht es also nur um die Frage, wie verhindern wir, daß diese Waffen gegen uns als Bedrohung oder gar im Krieg eingesetzt wird. Dadurch, daß wir ihnen deutlich machen, daß das risikolos nicht geht, daß sie dann das gleiche oder ein ähnliches Risiko für ihr eigenes Territorium befürchten müssen. Und deswegen, wenn wir zur Nachrüstung kommen müßten, ist diese Nachrüstung so abgestellt, daß sie der Sowjetunion deutlich macht, daß der Einsatz der SS-20 gegen uns sinnlos ist. Und deswegen stabilisiert die Nachrüstung das Gleichgewicht und destabilisiert es nicht, wie manche sagen.“

■ INFORMATION

20 Millionen DM mehr für benachteiligte Jugendliche

Zu den bemerkenswerten Leistungen der neuen Bundesregierung gehört, daß sie es trotz der angespannten Haushaltslage, die ihr die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung im Oktober 1982 hinterlassen hat, möglich machte, den Ansatz für das Benachteiligtenprogramm 1984 um 20 Millionen DM zu erhöhen und damit rund 1500 benachteiligten Jugendlichen zusätzlich die Chance einer Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf gibt.

Gerade diesen Jugendlichen, die nicht wie andere auf sich aufmerksam machen können, muß nach dem Verständnis, das CDU und CSU von Solidarität haben, die besondere Aufmerksamkeit der Gesellschaft gewidmet werden. Zur Gruppe dieser benachteiligten Jugendlichen gehören u. a. Hauptschulabgänger ohne Abschluß, Sonderschulabsolventen, junge Ausländer ohne ausreichende Schulbildung, Verhaltensgestörte, Straftatlassene und ehemals Drogenabhängige.

Entlastung durch Beitragssenkungen

Nachdem bereits zu Jahresbeginn über 200 Krankenkassen ihre Beitragssätze gesenkt hatten, meldeten die Krankenkassen neue Beitragssatzermäßigungen. Bei einzelnen Krankenkassen verringert sich der durchschnittliche Beitragssatz sogar um mehr als einen Beitragssatzpunkt. Weitere Beitragssatzsenkungen zum 1. Januar 1984 sind angekündigt.

Das genaue Ausmaß der Beitragssatzermäßigungen in den letzten Wochen läßt sich

zwar noch nicht exakt berechnen, jedoch dürften die Versicherten und die Wirtschaft allein im Jahre 1983 um bis zu einer Milliarde DM entlastet werden. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erklärte dazu, daß Beitragssatzsenkungen Mittel für Investitionen und private Kaufkraft freimachten und auf diese Weise der wirtschaftliche Aufschwung unterstützt werde. „Die Beitragssenkungen in der gesetzlichen Krankenversicherung sind ein wichtiger Beitrag zur Wiederbelebung der Wirtschaft.“

Blüm gegen Einführung einer Arbeitsmarktabgabe

Zur Finanzierung der Arbeitslosenhilfe sollen Selbständige und Beamte nicht herangezogen werden. Im Süddeutschen Rundfunk lehnte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe mit der Bemerkung ab: „Ich denke nicht daran.“ Der Minister erklärte, allerdings sei eine Harmonisierung der verschiedenen Alterssicherungssysteme erforderlich.

Wohnungsbau weiter im Aufwind

Die Aufwärtsentwicklung im Wohnungsbau hält weiter an. Nach den jetzt vorliegenden Daten wurden im Juli dieses Jahres 37622 Wohnungen neu genehmigt. Dies waren 23,4 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Insgesamt lag die Zahl der neu genehmigten Wohnungen in den ersten sieben Monaten des Jahres 1983 damit bei 242443 gegenüber 195818 im Vergleichszeitraum des Vorjahres (+ 23,8 Prozent).

Der Anstieg lag im Bereich der Einfamilienhäuser bei 26,1 Prozent. Die Zahl der neu genehmigten Wohnungen in Zweifamilienhäusern zog um 19,8 Prozent, die

Zahl der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern um 24,6 Prozent an.

Auch im sozialen Wohnungsbau ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 1983 wurden insgesamt 30 338 Wohnungen mit direkten staatlichen Mitteln gefördert. Dies waren 8,9 Prozent mehr als in der ersten Jahreshälfte des Vorjahres mit 27 862 geförderten Wohnungen. Während im ersten Quartal 1983 noch ein Minus von 2,3 Prozent zu verzeichnen war, kam es im zweiten Quartal 1983 zu einem Anstieg um 20,4 Prozent.

Die nach wie vor positive Entwicklung der Wohnungsbaugenehmigungen macht nach Ansicht von Minister Schneider deutlich, daß die Maßnahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung unvermindert greifen. Sein Ziel, die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen in diesem Jahr wieder auf rund 400 000 zu steigern, könne mit dieser Entwicklung erreicht werden.

SPD-Bezirk Hannover verlor 2700 Mitglieder

Die Sozialdemokraten im Parteibezirk Hannover, dem stärksten der vier niedersächsischen Bezirksorganisationen, haben in den zurückliegenden zwei Jahren 2700 oder rund fünf Prozent ihrer Mitglieder verloren. Das geht aus dem Rechenschaftsbericht hervor. Danach zählte die SPD in diesem Bezirk am 1. Januar 1981 58 330 Mitglieder. Ende 1982 waren es nur noch 55 633.

Alte Menschen so lange wie möglich zu Hause lassen

Die Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertritt, wie der CDU-MdB Gerhard Braun erklärte, grundsätzlich die Auffassung, daß alte Menschen so lange wie

möglich ihre Selbständigkeit behalten sollten. Gerade für sie sind gewachsene menschliche Beziehungen von lebenswichtiger Bedeutung. Die Familienbetreuung des alten Menschen sollte vor allen anderen Überlegungen stehen. Für den Fall, daß Pflege notwendig wird, bedeutet das für die Angehörigen sicherlich Opfer und Verzicht. Das soll aber nicht dazu führen, sogleich eine Unterbringung in einem Heim zu erwägen. Bei allen Überlegungen, die Lebensqualität alter Menschen zu verbessern, ist auf jeden Fall die ambulante Pflege einer Heimunterbringung vorzuziehen. Diese Tendenz sollte durch den Gesetzgeber gefördert werden.

Die Arbeitsgruppe ist der Meinung, daß zu dieser Lebensqualität auch die Förderung des Wohnungsbaues gehöre. Es seien Wohnformen zu entwickeln, die auf größere Hilfsbedürftigkeit, nachlassende Körperkräfte und Behandlungen Rücksicht nähmen. Die Qualität der Wohngegend und des Wohnumfeldes sei dabei mindestens ebenso wichtig, wie die Qualität der Wohnungen selbst. Ebenso dringlich sei auch die erreichbare Nähe öffentlicher Nahverkehrsmittel.

Mehr Frauen berufstätig

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in den zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft stieg von 107,8 Millionen im Jahre 1971 auf 114,3 Millionen im Jahre 1981. Die Zahl der männlichen Erwerbstätigen hat sich dabei nur geringfügig von 70,0 auf 71,2 Millionen erhöht. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen erhöhte sich dagegen von 37,8 auf 43,1 Millionen.

Während die Erwerbsbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1971 und 1981 mit 26,4 Millionen konstant blieb, ging die Zahl der Männer von 16,7 auf 16,1 Millionen zurück, und die Zahl der erwerbstätigen Frauen stieg von 9,7 auf 10,3 Millionen.

■ CDA-BUNDESTAGUNG

Arbeitnehmer tragen Sparbeschlüsse mit – aber Schraube nicht überdrehen

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat auf der Bundesdelegiertenkonferenz der CDU-Sozialausschüsse in Münster die Entschlossenheit der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft bekräftigt, die Sparpolitik der Bundesregierung mitzutragen, aber zugleich das Verlangen nach sozialer Balance bekräftigt. Blüm wurde mit überwältigender Mehrheit (97,2 %) als Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse wiedergewählt.

In lebhaften, streckenweise harten, aber immer fairen Diskussionen haben sich die Delegierten der CDA-Bundestagung in Münster mit der Politik der Bundesregierung und der Lösung zahlreicher brennender Probleme unserer Gesellschaft beschäftigt. Dabei haben sie durch sachliche Kritik wie auch durch das überwältigende Vertrauensvotum von 97,2 Prozent die Position des Bundesvorsitzenden, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, gestärkt. Zu den wichtigsten Beschlüssen der Bundestagung zählen:

— Die nachdrückliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere nach einer Vorruhestandsregelung und nach vermehrter Teilzeitarbeit.

— Die Forderung nach Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht und nach Umwandlung des Mutterschaftsurlaubsgeldes in ein Erziehungsgeld noch in dieser Legislaturperiode sowie die Vorlage konkreter Bedingungen zur Ausgestaltung eines Familiensplittings.

— Die weitgehende Bestätigung der rentenpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung und der von Norbert Blüm vorgelegten Grundsätze für die anstehende große Reform der Rentenversicherung.

— Die Forderung nach rascher Verabschiedung des anstehenden Gesetzes zur Förderung der Produktivkapitalbeteiligung von Arbeitnehmern und nach Einbeziehung außerbetrieblicher Kapitalbeteiligungen in die angekündigte zweite Stufe.

— Die Vorlage eines Katalogs von Steuersubventionen an Wirtschaft, Selbstständige und Landwirtschaft, die nach den zahlreichen Einschränkungen im Sozialbereich jetzt ebenfalls auf den Prüfstand der Sparpolitik gestellt werden müssen.

— Fundierte Anträge und Entschließungen zur Wohnungspolitik, zur Umweltpolitik, zur Europapolitik und zur Entwicklungspolitik, die beweisen, daß sich die Sozialausschüsse weiterhin um die Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen und Grundsätzen christlicher Soziallehre in breiten politischen Feldern bemühen.

Der Verlauf der Bundestagung hat gezeigt, daß die Mitglieder der Sozialausschüsse bereit sind, den Sparkurs der Regierung mitzutragen und ihren Beitrag zu leisten, den Sinn dieser Politik den Arbeitnehmern zu erklären. Er hat auch gezeigt, daß die Sozialausschüsse mit Nachdruck die Interessen der Arbeitnehmer und Familien in ihrer Partei und gegenüber der Bundesregierung vertreten werden. Dabei sehen sie es als ihre Aufgabe an, die Arbeitnehmer, die am 6. März in großer Zahl

die Unionsparteien gewählt haben, bei der Union zu halten und damit die Mehrheitsfähigkeit der CDU zu sichern.

Norbert Blüm erklärte, an den Arbeitnehmern führe keine Politik vorbei. Der Minister betonte, unter seiner Verantwortung werde es keine Senkung der Reallöhne sowie keine Einführung von Karenztagen im Krankheitsfalle geben. Bei einer möglichen Steuersenkung müßten zuerst die Arbeitnehmer, die derzeit die Hauptlasten tragen müßten, berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung Professor Zeitel hatte in seinem Grußwort vor übertriebenen Erwartungen in eine Lohn- und Einkommenssteuerreform gewarnt und sich dagegen ausgesprochen, eine Entlastung aus einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zu finanzieren.

Entschieden wandte sich Blüm gegen Versuche von seiten der Arbeitgeber, noch weitere Kürzungen im Sozialbereich durchzusetzen. Die Unternehmer sollten vielmehr Investitionen tätigen, um so den Aufschwung mitzutragen. In der Arbeitsmarktpolitik sei die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung die Hauptaufgabe. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung sagte Blüm, „daran führt kein Weg vorbei“.

In seinen äußerst temperamentvollen Beiträgen hatte Blüm immer wieder den Regierungskurs verteidigt. Man dürfe Sozialpolitik nicht aus der Sicht der Leistungsempfänger machen, „wir müssen sie ebenso aus der Sicht der Beitragszahler gestalten, denn Beitragszahler sind Arbeitnehmer“.

Von entscheidender Bedeutung für die soziale Gleichgewichtigkeit der staatlichen Entwicklung ist nach Ansicht Blüms eine spürbare Lohnsteuerreform zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Darin sei er sich mit Finanzminister Stoltenberg einig. Zunächst müsse man jedoch wieder „Boden unter die Füße bekommen“. Die politische Dringlichkeit dieser Absicht müßten

auch die Unternehmer einsehen, meinte Blüm, und fügte die Kritik an: „Das Geräune, Gemeckere und Genörgle am Sparskurs der Regierung scheint langsam als schick zu gelten. Aber wir brauchen keine unternehmerischen Miesmacher, wir brauchen Mutmacher.“

Unter einer Reihe konkreter Sparvorschläge in Höhe von rund vier Milliarden Mark sind auch Zuschüsse für die Landwirtschaft. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, einen Gesetzentwurf für arbeitszeitverkürzende Maßnahmen vorzulegen. Verlangt wird ein Vorruhestandsgeld zwischen 65 und 75 Prozent des letzten Bruttolohnes, das Arbeitnehmer, die mit 58 freiwillig in den Ruhestand treten wollen, bis zur Pension mit 63 oder 65 Jahren gezahlt werden soll. Bei der Forderung nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten arbeitszeitverkürzender Maßnahmen wurde klar gestellt, daß diese bei Tarifverhandlungen nicht unberücksichtigt bleiben können.

Norbert Blüm fand im Verlauf der zweitägigen Veranstaltung Unterstützung durch Fraktionschef Dregger, Familienminister Geißler sowie den Bundeskanzler. Deutliche Kritik übten hingegen der DGB-Vorsitzende Breit, der niedersächsische Sozialminister Schnipkoweit (CDU) sowie die der CDU angehörenden DGB-Vorstandsmitglieder Fehrenbach und Irmgard Blätzel.

Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte unter dem großen Beifall der Delegierten, er habe nicht vergessen, daß ihn am 6. März Millionen Arbeitnehmer, darunter viele zum ersten Mal, gewählt hätten. Deshalb habe der Abbau der Arbeitslosigkeit absoluten Vorrang. Der Kanzler verwies ferner darauf, daß seine Bemühungen um mehr Ausbildungsplätze erfolgreich gewesen seien, da immerhin 40 000 bis 50 000 zusätzliche Stellen dabei herausgekommen seien. Generalsekretär Geißler warn-

Fortsetzung Seite 13

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

10 000 Friedenstag – zusätzliche Werbemittel

In der nächsten Ausgabe des UiD werden wir Ihnen noch einmal alle Materialien vorstellen, die für die 10 000 Friedenstag unter dem Motto „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ erarbeitet worden sind. An dieser Stelle möchten wir Sie aber schon auf zwei zusätzliche, neue Werbemittel aufmerksam machen.

Textilbutton

Für die problemlose Befestigung an der Kleidung eignet sich der Textilbutton, der auf blauem Untergrund das vierfarbige Aktionssymbol zeigt.

Fortsetzung von Seite 12

te davor, Zeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung durch Neid, Mißgunst und Klassenkampf zu zerstören. Er machte zugleich deutlich, daß als erster Schritt nach der Konsolidierungsphase wesentlich mehr Mittel für eine aktive Familienpolitik bereitgestellt werden müßten.

Neben Blüm, für dessen Wiederwahl sich 320 von 329 Delegierten aussprachen (acht Stimmen lauteten auf Nein, eine war ungültig), wurden als stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Vogt, Kurt Härzschel und Irmgard Blättel bestätigt. Als vierter Stellvertreter rückte Peter Kudella aus Bremen neu in den Vorstand. Dieser Platz war durch das Ausscheiden des langjährigen Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten Gerhard Orgaß frei geworden. Schatzmeister bleibt der Kölner Heinz Soénis (280 Stimmen)!



Textilbutton „Friedensaktion“

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 5,85 DM

Bestell-Nr. 9465

Transparent

Für die Ausgestaltung von Versammlungsräumen, Canvassing-Ständen oder ähnlichen Veranstaltungsorten bieten wir Ihnen ein Transparent an, das auf einer Fläche von ca. 4 x 1 m unseren Slogan „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ abbildet. Das Transparent aus Vollpolyester ist mit Befestigungsstricken ausgerüstet.

Transparent „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“

Mindestabnahme: 1 Exemplar

Preis pro Mindestabnahme: 65,— DM

Bestell-Nr. 0596

■ STICHWORT

„Widerstand“

Der Richter am Bundesverfassungsgericht, Simon, hat mehrfach Zweifel geäußert, daß es rechtmäßig sei, die Entscheidung über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gegen den Willen einer Minderheit zu vollziehen. Die Stationierungsfrage falle in den jeder Mehrheitsbildung entzogenen Bereich des „Unabstimmbaren“. Wenn sich die Gegner der Nachrüstung auch nicht auf das Recht zum Widerstand berufen könnten, so sei es doch legitim, sie zu dessen „Vorstufe“, nämlich zu gewaltfreien „Handlungen bürgerlichen Ungehorsams“, aufzurufen.

Auch der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz äußerte, in der Frage der Nachrüstung genüge der bloße Verweis auf Mehrheitsentscheidungen nicht mehr. Ähnlich argumentierte schließlich auch der Abgeordnete der Grünen, Schily; er unterscheidet zwischen der „quantitativen Mehrheit“ und der „qualitativen Minderheit“, wobei er letzterer stärkere Rechte einräumt.

In einer Demokratie gibt es keine Herrschaft weniger selbsternannter „Führer“ gegen den Mehrheitswillen des Volkes. Alle Argumente, die die bessere Einsicht oder die höhere Moral einer Minderheit behaupten, führen zur Begründung von Diktatur. Wer das Mehrheitsprinzip in Zweifel zieht, steigt aus unserer parlamentarischen Demokratie aus.

Darüber hinaus läßt der „Aufruf zu Handlungen bürgerlichen Ungehorsams“ eine erschreckende Unlogik erkennen: Solche Handlungen bilden keine „Vorstufe zum Widerstand“, sondern sie sind tatsächlicher Widerstand. Auch eine verschleierte Formulierung ändert daran nichts. Im Grundgesetz gibt es ein „Recht auf Widerstand“ nur und ausschließlich als letztes Mittel gegen jene, die die Grundfreiheiten

und die freiheitliche demokratische Grundordnung aufheben wollen. (Artikel 20 Absatz 4)

Dieser Artikel des Grundgesetzes geht zurück auf die Erfahrungen zwischen 1933 und 1945, als die bestehende Rechtsordnung schrittweise aufgelöst wurde. Wehr aber heute das unbestreitbare Widerstandsrecht gegen Hitler in Parallele setzt mit einem konstruierten „moralischen Widerstandsrecht“ gegen unsere Demokratie, hat jeden Anspruch auf Sachlichkeit aufgegeben. Es ist eine undemokratische Anmaßung, wenn der Mehrheit der demokratisch gewählten Repräsentanten des Volkes das Recht abgesprochen wird, über die Verteidigungspolitik zu entscheiden.

Durch Meinungsäußerung, Demonstration und auf gerichtlichem Wege können sich die Bürger der Bundesrepublik Deutschland gegen sie betreffende Entscheidungen zur Wehr setzen. Dadurch garantiert unsere Rechtsordnung einen umfassenden Schutz aller grundgesetzlich gewährten Rechte und Freiheiten. Wenn aber demokratische Mehrheitsentscheidungen gefallen sind, wenn der Rechtsweg einmal erschöpft ist, muß sich jeder Mann der getroffenen Entscheidung fügen. Sonst träte Anarchie an die Stelle demokratischer und rechtsstaatlicher Ordnung.

Europa wird älter

Zwischen 1971 und 1981 stieg die Bevölkerung in den zehn Staaten der Europäischen Gemeinschaft von 262,3 auf 271,6 Millionen. Bei generell rückläufiger Geburtenrate steigt in allen EG-Staaten der Anteil der älteren Menschen. Im Jahre 1971 waren 24,2 Prozent der Einwohner jünger als 15 Jahre. Bis 1981 sank der Anteil auf 20,8 Prozent. Der Anteil der älteren Menschen über 65 Jahre stieg von 12,7 auf 14,3 Prozent.

Zur Sache:

Ein Jahr Regierung Helmut Kohl **Die Zwischenbilanz ist positiv**

Die Bundesregierung Helmut Kohl hat ein Jahr erfolgreich gearbeitet.
Die Zwischenbilanz ist positiv:

Die Finanzpolitik ist solide, der Haushalt wieder in Ordnung.

- Erstmals seit Jahren brauchen wir keinen Nachtragshaushalt. Die Ausgabenentwicklung läuft wie geplant.
- Die Neuverschuldung wird wahrscheinlich niedriger ausfallen als angenommen.

Auch in der Wirtschaft geht es aufwärts:

- Das reale Bruttosozialprodukt - also die Gesamtleistung unserer Volkswirtschaft - wächst 1983 erstmals wieder seit zwei Jahren.
- Preissteigerungsrate und Zinsen sind gegenüber 1982 deutlich gesunken.
- Die Baugenehmigungen für Wohnungen sind im ersten Halbjahr 1983 um rund 24 Prozent gestiegen.
- Die Industrie produziert wieder mehr. Die Autokonjunktur läuft auf vollen Touren. Die Neuzulassungen für PKW stiegen im ersten Halbjahr 1983 um über 10 Prozent.

Diese Erfolge zeigen: Der Kurs der Bundesregierung stimmt.

Auch der Bundeshaushalt 1984 wird dazu beitragen, die Neuverschuldung weiter abzubauen und die Wirtschaft nachhaltig zu beleben.

Das sind gute Voraussetzungen dafür, daß es auch auf dem Arbeitsmarkt wieder aufwärts geht.

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

AKTION „10 000 FRIEDENSTAGE“

Auch wir machen mit

Wir _____
(Name des CDU-Verbandes)
haben zum Thema „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ folgende Veranstaltungen:

1) _____
(Thema/Referent)

(Datum/Ort)

2) _____
(Thema/Referent)

(Datum/Ort)

3) _____
(Thema/Referent)

(Datum/Ort)

Bitte zurück an: CDU-Bundesgeschäftsstelle „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“
Konrad-Adenauer-Haus · Friedrich-Ebert-Allee 72—75 · 5300 Bonn 1

Bitte informieren Sie uns über konkrete Planungen Ihres Friedenstages. Schreiben Sie uns wann, wo und mit welchem Programm Ihr Friedenstag durchgeführt wird, denn in diesen Tagen werden wir oft nach Terminen gefragt. Benutzen Sie diesen Coupon.

Ud

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinrich Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41-30.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn.
Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152.
Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.